Nazis als Streikbrecher und Lohnräuber

Nazi-Lohnräuber

Ein anderes Beispiel hat sich in Mecklenburg-Strelitz ergeben, das seit geraumer Zeit mit einer Regierung beglückt ist, wie sie die Nationalsozialisten machen können, was sie wollen. Diese Regierung hat einen geradezu unglaublichen Vorstoß gegen die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Landarbeiter unternommen. In den Verhandlungen mit den Vertretern des Deutschen Landarbeiterverbandes forderte die Regierung in Mecklenburg-Strelitz: 1. Herabsetzung des Zeitlohnes von 53 bzw. 52 Pfennigen auf 45 bzw. 44 Pfennige. 2. Entsprechende prozentuale Kürzung der Stücklöhne, was einer Senkung um rund 15 Prozent gleichkommt. 3. Aufhebung der Bestimmung, wonach die Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nach der in Preußen getroffenen Regelung zu erfolgen hat, und Rückkehr zur selbständigen Lohnfestsetzung.

Die nationalsozialistische Regierung begründet diese unglaublichen Forderungen damit, daß eine grundsätzliche Abkehr von den heute noch gezahlten politischen Löhnen unbedingt notwendig sei.

Eine äußerst nette Begründung, die die Phrasendreschereien der Nazis über den Widerstand gegen jeden Lohnraub genügend kennzeichnet.

Nachdem das geschehen ist, sind einige Wochen vergangen, ohne daß die Leitung der Nazipartei in Mecklenburg-Strelitz gegen das Vorgehen der Nazi-Regierung protestiert hat. Auch nicht einmal eine nationalsozialistische Zeitung hat sich bereit gefunden, das Wörtchen über diesen Lohnraub der Nazi-Regierung zu sagen.

SA gegen Arbeiterinnen

In Dresden befindet sich die Zigarettenfabrik „Sturm". Die NSDAP ist daran direkt beteiligt und die aus den Knochen der Arbeiter herausgeschundenen Profite fließen zu einem großen Teil in die Parteikasse Hitlers. Die sogenannten „Sturm"-Reklameflugzeuge sind in Wirklichkeit die private Bürgerkriegsluftflotte der Nazipartei.

Die Arbeiter stehen unter einem furchtbaren Druck. Wer als Kommunist „verdächtigt" wird, ist am nächsten Tage gemaßregelt. Spitzelunwesen feiert Triumphe. Einer verdächtigt den anderen, um sich auf diese Weise seinen Arbeitsplatz zu sichern. Wer nicht der NSBO anschließt, steht von vornherein mit auf dem „Verbrechertat". In den Betriebsversammlungen führen die Nazis das große Wort. Eine Diskussion gibt es nicht. Reden sollen widerspruchslos hingenommen werden. Die Gestapo agiert als Saalschutz auf und sieht die Arbeiterinnen mit finsteren Mienen an, als witterten sie in jeder eine Marxistin. Bei jeder Gelegenheit werden Sondersammlungen durchgeführt, um der Belegschaft von dem Lohn einen Teil abzunehmen, zur Finanzierung der verlogenen Nazipropaganda. Es ist vorgekommen, daß Angestellte auf den Sammellisten ganze 5 Pfennige zeichneten und statt des Namens, ein Fragezeichen hinmalten. Dafür wurden sie von den Nazi-Bonzen fürchterlich abgeurteilt.

Vor der Reichstagswahl wurden die Packerinnen gezwungen, in Zigarettenpackungen Propagandazettel für die NSDAP einzulegen. Als „Entschädigung" erhielten sie einen halben Pfennig für 100 Stück. Das bedeutet praktisch einen Lohnausfall von 8—10 Mark pro Woche. Zum Entsetzen der Nazi-Bonzen wurde festgestellt, daß in einer großen Anzahl von Packungen statt der Nazizettel, Aufforderungen gelegt wurden, die KPD, Liste 3 zu wählen. 15 Arbeiterinnen wurden sofort gemaßregelt.

Dieser Vorfall beweist, daß selbst in dem Nazi-„Paradies", trotz des ungeheuerlichsten Terrors die Arbeiterinnen nicht nur erkennen, daß nur der Kommunismus die Arbeiterklasse zur Freiheit führt, sondern sie sich auch aktiv für die KPD einsetzen. Gestützt die Praxis in der Zigarettenfabrik „Sturm" hat sie zu der Erkenntnis gebracht, daß auch sie sich in die rote Einheitsfront der Antifaschistischen Aktion einreihen müssen.

Streikbruch der Nazis

Während des Streikes der Neugersdorfer Textilarbeiter erschien der RSGO-Gauleiter Lehmann aus Bautzen und erklärte, daß er dem Streik billige und unterstütze. Das war zu Anfang. Als dann aber der Kampf in sein entscheidendes Stadium eintrat, konnte er nicht länger diese demagogische Stellungnahme aufrecht erhalten. Die Nazileitung teilte der Belegschaft mit, daß sie „ihren Vertreter" aus der Streikleitung zurückziehe und stellt sich damit offen gegen die Fortsetzung des Streikes aus. Auch die streikenden Nazi-Proleten befolgten den Befehl der Nazibonzen nicht. Ihr Vertreter nahm weiterhin an den Arbeiten der Streikleitung teil und in einer Streikversammlung wurde mit den Stimmen der Mehrzahl der Mitglieder der RSBO beschlossen, dem Gauleiter das Wort zu entziehen und nicht mehr sprechen zu lassen. Dem sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern war es gar nicht recht, daß es den Kommunisten gelungen war, die Nazi-Proleten dem Einfluß der Führer zu entziehen und in einem Flugblatt des DTV [illegible] versucht, die auf der Grundlage der [illegible] Streikleitung zu diskreditieren. Es wurde dort von „[illegible] und Nazi-Streikstrategen" gesprochen. Den DTV-Bürokraten wäre [illegible] jedenfalls lieber gewesen, wenn die Nazi-Arbeiter dem Beispiel ihrer Führer gefolgt und ihren streikenden Kollegen in den Rücken fallen wären.

Nazis für Notverordnungs-Lohnabbau

In den Rüttgerswerken in Dohna bei Dresden hatte die Belegschaft einen Beschluß gefaßt, jeden Versuch, auch nur einen Pfennig vom Lohn abzubauen, sofort mit dem Streik zu beantworten. Es wurde ein vorbereitender Kampfausschuß gewählt, dem auch der Nazi-Arbeiter Kurt Göhler angehörte. Die Nazileitung zwang den Arbeiter, eine schriftliche Erklärung abzugeben, in der er seinen Rücktritt aus dem Kampfausschuß bekannt gab und auch noch betonte, daß er keine Gewerkschaftsleute zum Streikbruch aufforderte. Ein Notverordnungslohnabbau bei „kein Grund, die Firma zu bestreiken". Der betreffende Arbeiter erklärte ausdrücklich, daß er die Erklärung nur unter dem Zwang der Nazi-Führer unterschrieben habe. Bemerkenswert ist dabei, daß in der Erklärung dieselben Ausreden gebraucht werden, die von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern mit Vorliebe dann ins Treffen geführt werden, wenn es gilt, ihre Streikbrechertolle zu maskieren. So wird dann gesprochen, daß „erst alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft und „die Unterstützungskasse restlos geplatzt sein müsse."

Während des Streikes in der Steingutfabrik Körne-

„Haben nicht wir den Roten Frontkämpfer-Bund verboten, während die rechtsradikalen Organisationen unbehelligt blieben." (Severing vor dem Staatsgerichtshof.)

wig z. hardeten sich die Nazibuhrer ebenfalls „radikal". Daß sie mit dieser demagogischen Stellungnahme nur die wirkliche Streikbrechertolle der Nazipartei verschleiern wollten, erwies sich schon in der zweiten Streikversammlung. Der Leiter der RSBO wollte dort mit allen Mitteln erreichen, daß der Vertreter der RGO nicht zu Worte kommen sollte. Doch nicht einmal seine eigenen Mitglieder unterstützten ihn. Einstimmig wurde beschlossen, je einen Vertreter der RGO und AAH sprechen zu lassen. Später haben die Nazibonzen eine ganze Anzahl ihrer Mitglieder zum Streikbruch verleitet.

In Mecklenburg

keine Kinderspeisung — dafür Wehrsport in den Schulen.

Das Innenministerium in Mecklenburg-Schwerin hat zwei Verfügungen erlassen an die Direktionen der höheren Schulen und die Schulräte, nach denen die Wehrsportübungen der Schüler mit Hilfe der Polizeikräfte und der Lehrerschaft durchgeführt werden sollen. Die Ausbildung soll sich erstrecken auf Marschübungen, Kartenlesen, Orientierung im Gelände, Späherdienst, Vorpostendienst, Geländespiel, Handgranatenwerfen, Kleinkaliberschießen und Jiu-Jitsu. Das Unterrichtsministerium macht es zur Pflicht, den Gedanken der Erziehung zum Wehrwillen im gesamten Unterricht Rechnung zu tragen. („Volkswacht", Mecklenburg, 19. 10. 32.)

Hitler über die Frau:

„Das deutsche Mädchen ist Staatsangehörige und wird erst mit ihrer Verheiratung Bürgerin."

So im Buche Hitlers „Mein Kampf".

Weiter sagt Hitler: „In künftigen Kriegen soll alle Etappenarbeit von Frauen gemacht werden, damit alle Männer an die Front fliegen."

„Die Frauen sind faul!"

Auf einem sogenannten Kulturabend in Harburg-Wilhelmsburg führte Marie Adelheid Konopath geborene Prinzessin zu Lippe aus:

„Es kommt bald wieder ein Krieg. Früher sind die Frauen mit den Männern in den Krieg gezogen. Jetzt sind sie zu faul. Sie lassen sich lieber Bubiköpfe schneiden, weil sie auch zu faul zum Kämmen sind."

Diese Prinzessin lebt von der Fürstenrente der deutschen Republik und ihrem hohen Gehalt als Parteiangestellte der NSDAP.

SPD-„Vorwärts" nach dem Verkehrsstreikbruch: Jeder mußte dieses traurige Ende voraussehen."

Sozialdemokratische Arbeiter, her zur roten proletarischen Einheitsfront!